



Den Mindestlohn ausweiten, Leiharbeit begrenzen!



„Millionen Bürgerinnen und Bürger müssen in Deutschland für Armutslöhne arbeiten. Immer mehr Menschen sind auf zusätzliches Arbeitslosengeld II angewiesen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Deshalb fordert die SPD flächendeckende Mindestlöhne, die

ein Leben in Würde ohne zusätzliche staatliche Hilfe ermöglichen. Mit unserer Unterschriftenaktion wollen wir Druck auf die Union und vor allem Roland Koch machen, der wie kein anderer in der CDU die Einführung von fairen Löhnen verhindert“, sagte Roger Podstatny, Vorsitzender der AfD Frankfurt.

„Zunehmend werden in Betrieben immer mehr und billigere Leiharbeiter eingesetzt, um die Stammbeschäftigten zu ersetzen. In manchen Unternehmen sind mittlerweile bis zu 50% der Belegschaft Leiharbeiter. Deren Entlohnung liegt deutlich unter dem Branchentarif. Für die SPD ist es deshalb notwendig, dass - nach entsprechender Anlernzeit - das Prinzip ‚gleicher Lohn am gleichen Arbeitsplatz‘ durchgesetzt werden muss.“

Die SPD habe gegen den Widerstand von CDU/CSU einen Mindestlohn für Briefzusteller durchgesetzt, aber in vielen Bereichen würden

noch immer Armutslöhne gezahlt, so Podstatny. Deshalb müssten Mindestlöhne in weiteren Branchen eingeführt werden und ein gesetzlicher Mindestlohn die Grenze nach unten ziehen. „Für die SPD sind Mindestlöhne ein Gebot der Gerechtigkeit. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss sich und seine Familie von dem erarbeiteten Lohn auch ernähren können. Mindestlöhne sind ein Gebot der Würde, harte Arbeit muss gerecht entlohnt werden“, erklärte Podstatny.

Mindestlöhne sind ökonomisch notwendig und eine wichtige Voraussetzung für fairen Wettbewerb im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Ohne Mindestlohn bestehen ungleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Unternehmen, die Tariflöhne zahlen, und ihrer Billiglohn-Konkurrenz. Damit stünden zahlreiche ordentlich

Inhalt

Den Mindestlohn ausweiten, Leiharbeit begrenzen	Seite 1
Gewerbesteuerchaos in der CDU	Seite 2
Mehr Sicherheit für Hessen	Seite 3
Freundeskreis	Seite 4
Bauboom im Westend	Seite 5
Gesamtschulen ausbauen	Seite 6
Impressum	Seite 7
Personalvorschläge	Seite 8



bezahlte Arbeitsplätze auf dem Spiel, befürchtet der AfA-Chef. Deshalb ist auch nicht verwunderlich, dass mittlerweile z. B. die Arbeitgeberverbände aus der Zeitarbeitsbranche, der Entsorgungswirtschaft und der Sicherheits- und Wachbranche sich für Mindestlöhne stark machen.

Durch Armutslöhne werde zudem auch der Steuerzahler belastet, da Löhne, die nicht zur Finanzierung des Existenzminimums reichten, letztlich durch staatliches Arbeitslosengeld II aufgestockt werden müssten. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen also dafür zahlen, dass Firmen mit Armutslöhnen Gewinne machen können.

Gewerbesteuerchaos in der CDU - Zukunftsfähigkeit der Stadt erhalten



Das Chaos innerhalb der Frankfurter CDU über eine mögliche Senkung der Gewerbesteuer wird immer größer. Nachdem die Schlafmützen im Frankfurter Magistrat, an der Spitze Oberbürgermeisterin Petra Roth und Wirtschaftsdezernent Boris Rhein, von der Verla-

gerung der Börse nach Eschborn völlig überrascht wurden, hatte sich eine konfuse koalitionsinterne Debatte um eine Senkung der Gewerbesteuer entwickelt. Der neoliberale Wirtschaftsdezernent Rhein forderte sofort eine baldige Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes. Eine Senkung von derzeit 460 Punkten auf 400 Punkte wurde ins Gespräch gebracht. Je nach Konjunkturlage würde dies für die Stadt Frankfurt einen jährlichen Einnahmeausfall von ca. 180 Mio. € bedeuten, zusätzlich zu dem Einnahmeausfall von ca. 90 Mio. €, den bereits die Hebesatzsenkung um 30 Punkte durch die schwarz-grüne Koalition zum 01.01.2007 für die Stadt gebracht hatte.

Bezogen auf die fünfjährige Wahlperiode entstünde somit zusätzlich zu dem bereits entstandenen Einnahmeverlust von insgesamt 450 Mio. € ein Einnahmeverlust von weiteren 900 Mio. €. Angesichts des immensen Nachholbedarfs der Stadt bei der Bauunterhaltung von Straßen, Schulgebäuden, Parkanlagen und Spielplätzen und den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Stadt wäre ein derartiger Einnahmeverzicht absolut unverantwortlich. Die Zukunftsfähigkeit Frankfurts wäre damit absolut gefährdet.

Die mit einer Senkung verbundene Hoffnung, Frankfurt könne damit seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Umland steigern, ist dagegen absolut illusionär. Könnte doch eine Stadt wie Eschborn angesichts ihrer Haushaltssituation ihren Hebesatz nahezu beliebig weiter senken. So hatte Eschborn, nachdem der Plan der schwarz-grünen Frankfurter Stadtregierung bekannt wurde, den Frankfurter Hebesatz zum 01.01.2007 um 30 Punkte auf 460 Punkte zu senken, seinerseits mit einer Senkung von 300 auf 280 Punkte reagiert - ebenfalls zum 01.01.2007. Nun sind die alten Abstände nahezu wiederhergestellt - aber auf niedrigerem Niveau. Wollte Frankfurt mit Eschborn gleichziehen, würde dies zu einem Einnahmeverlust von jährlich ca. 600 Mio. € führen, oder 3. Milliarden Euro in der Wahlperiode.

Offensichtlich wurde auch der Oberbürgermeisterin angesichts dieser Zahlen deutlich, dass eine Angleichung an die Eschborner Hebesätze für die Stadt Frankfurt zu einem katastrophalen Ergebnis führen würde. In der letzten Plenarsitzung piff Petra Roth jedenfalls Boris Rhein zurück und erklärte den erstaunten Stadtverordneten, der Wirtschaftsdezernent (!) sei für die Frage einer Gewerbesteuer-senkung nicht zuständig. Die Verantwortung liege allein beim Stadtkämmerer, eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes sei derzeit nicht beabsichtigt. Aus Sicht der SPD kann diese Klarstellung nur begrüßt werden.

Der düpierte Rhein soll nach Presseberichten auf die Zurücksetzung wenig amüsiert reagiert haben, wurde er doch von der Oberbürgermeisterin nicht zum ersten Mal zurechtgestutzt. Wie überhaupt das CDU-interne Verhältnis zwischen der Oberbürgermeisterin und einzelnen Magistratsmitgliedern sowie zwischen manchen CDU-Stadträten und der CDU-Fraktion sich immer mehr verschlechtert.

Anstatt die Wirtschaft durch eine unsinnige Debatte um die Gewerbesteuer weiter zu verunsichern, ist der Magistrat aufgerufen, endlich seine Hausaufgaben zu machen. dazu gehört insbesondere die Verbesserung der Arbeit der Wirtschaftsförderung. Von dem Landrat des Main-Taunus-Kreises, Berthold Gall, stammt der Satz: "Wenn in Hofheim ein Investor bereits die Baugenehmigung in der Hand hält, wartet ein Investor in Frankfurt noch auf den Termin beim Planungsdezernenten". Dieser Satz eines Christdemokraten beschreibt treffend die wahren Versäumnisse des Magistrates: die mangelnde Bestandspflege bei den hier ansässigen Unternehmen. Es darf einfach nicht mehr geschehen, dass die Frankfurter Oberbürgermeisterin erst im nachhinein von der Absicht der Börse zum Wegzug informiert wird, während der Eschborner Bürgermeister offensichtlich bereits frühzeitig von der Entwicklung informiert war.

Aber auch die Gewerbesteuersituation in der Region ist dringend reformbedürftig - allerdings nicht durch die von neoliberaler Seite betriebene perspektivlose Senkungsdebatte. Vielmehr ist der Bundesgesetzgeber aufgerufen, dem Steuerdumpingwettbewerb innerhalb des Ballungsraumes einen Riegel vorzuschieben, in dem die Möglichkeit geschaffen wird, durch den Landtag oder ein gewähltes Regionalparlament einen regionalen Mindesthebesatz vorzuschreiben. Für das Bundesgebiet insgesamt ist dies bereits seit einigen Jahren durch einen bundesweiten Mindesthebesatz von 200 Punkten erfüllt. Seitdem ist einem Verhalten wie jenem der nordfriesischen Gemeinde Nordfriedrichskoog, die mit einem Hebesatz von

Null dutzende von Unternehmen angelockt hatte, ein Riegel vorgeschoben. Wäre eine solche Möglichkeit geschaffen, könnte für die Region ein Mindesthebesatz beschlossen werden, der etwa um 100 Punkte unter dem Frankfurter Satz liegen sollte. Damit wäre dem regionalen Steuerdumping und dem gegenseitigen Abwerben der Unternehmen durch die Gemeinden weitgehend ein Riegel vorgeschoben.

Mehr Sicherheit für Hessen



Sicherheit der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

„Die hessische Polizei muss dringend wieder gestärkt werden. Wir brauchen mehr Personal und Handlungsfreiheit für die Polizeikräfte, um Sicherheit für jedermann zu garantieren“, fordert Ursula Busch, Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Verwaltung und

Die Wogen der Diskussion um öffentliche Daseinsvorsorge und die Verhinderung weiterer Privatisierungen von Dienstleistungen, die zur Grundversorgung gehören, branden derzeit immer wieder auf. Bereiche der kommunalen und Landes-Infrastruktur wie Wasser-, Strom- und Energieversorgung, Verkehrswege und Müllbeseitigung stehen dabei im Mittelpunkt. Selten denkt man bei Grundversorgung auch an die Sicherheit. Dabei ist sie ebenso unverzichtbar wie Heizung, Wasser oder Strom. Und auch sie wird bedroht von Privatisierungstendenzen, bei denen man jedoch sehr viel unauffälliger vorgeht: Niemand würde wagen vorzuschlagen, die Landespolizei oder Teile davon an private Investoren zu verkaufen. Wenn aber – wie in den letzten Jahren unter der Regierung Koch geschehen – ein

sukzessiver Stellenabbau bei der Polizei einhergeht mit immer mehr privaten Angeboten, für die eigene Sicherheit Security-Firmen oder technische Überwachung zu bezahlen, bedeutet das ebenfalls eine Verlagerung öffentlicher Aufgaben ins Private. Wer Geld dafür ausgeben kann, darf sich rundum sicher fühlen. Wer es nicht kann und damit auf die öffentliche Hand angewiesen ist, muss sich mit kontinuierlichen Leistungsminderungen abfinden.

Noch ist kein Notstand ausgebrochen, und die Schreckensbilder aus anderen Ländern wie Südafrika oder Brasilien, wo Polizeikräfte ärmere Viertel aufgegeben haben und so zum rechtsfreien Raum werden lassen, sind glücklicherweise fern von unserer Realität. Doch auch hierzulande wirken sich die Sparmaßnahmen der Landesregierung negativ aus: Einerseits in der dauerhaften Überlastung der Polizeikräfte, andererseits in unterbesetzten Revieren und längeren Wartezeiten, wenn man wegen Vorkommnissen ohne Personenschaden die Polizei ruft (z.B. nach Einbrüchen, Blechschäden im Straßenverkehr oder bei der Beobachtung von Drogenverkäufen). Die chronische Unterbesetzung der Reviere führt dazu, dass in vielen Bereichen auf die früher übliche Fußstreife verzichtet werden muss - damit entfällt nicht nur ein wichtiges Mittel der Verbrechensprävention, sondern auch für jeden Einzelnen ein Baustein des persönlichen Sicherheitsgefühls. Noch gibt es die engagierten Revierleiterinnen und Revierleiter, die gemeinsam mit ihren Polizeikräften den Kontakt zu Menschen und Institutionen in den Stadtteilen suchen, sich vor Ort auskennen und deshalb auch bei der Präventionsarbeit aktiv mitwirken können. Doch sie werden zwangsläufig weniger. Wer dauerhaft überlastet ist, während er immer mehr Aufgaben zu erfüllen hat, kann irgendwann nur noch das Nötigste erledigen – guter Wille hin oder her. Ein weiteres Problem ist der Abzug von Personal für Sondereinsätze. Wenn die Landesregierung zur Bekämpfung gehäuft

auf tretender Delikte Sonderermittlungsgruppen bilden lässt, wie z.B. die „AG Domus“ für Wohnungseinbrüche, ist dies zunächst ebenso sinnvoll wie imagefördernd für die Verantwortlichen. Die wenigsten wissen jedoch, dass für diese Gruppen Personal aus dem ohnehin unterbesetzten regulären Dienst abgezogen wird.

Freundeskreis

So kannst Du uns telefonisch erreichen:

Einlader:

Hans Busch 069/7 894 500

Klaus Oesterling 069/281 541

Roger Podstatny 069/305-18 400

Angesichts der Verpflichtung des Staates, auch denjenigen optimale Sicherheit zu garantieren, die sich keine teuren Alarmsysteme, sicherheitszertifizierte Wohnungen oder gar private Wachdienste mit Patrouillen in der Nachbarschaft leisten können, muss die Polizei in Hessen dringend wieder gestärkt werden. Es tut Not, die Personalkürzungen der letzten Jahre rückgängig zu machen. Frei werdende Stellen dürfen nicht mehr weggespart werden, sondern sind neu zu besetzen. Reine Schreibarbeiten, die ausgebildete Polizistinnen und Polizisten vom Außendienst abhalten, müssen wieder von Verwaltungskräften erledigt werden. Die erhöhte Arbeitszeit der Polizei ist endlich auf ein erträgliches Maß zurückzufahren, Überstundenabbau muss wieder möglich werden. Wir brauchen eine gut ausgebildete, gut bezahlte und vor Ort präsente Polizei als Partner für unsere Sicherheit. Die Einschüchterungsmaßnahmen, mit denen kritische Polizistinnen und Polizisten vor allem aus der Gewerkschaft GdP von der Regierung Koch gezwungen werden sollten,

Misstände nicht mehr anzuprangern und gleichgeschaltet die Sicherheitspolitik der hessischen CDU zu vertreten, sind sofort abzustellen. Auch Polizeikräfte sind Bürgerinnen und Bürger, denen eine demokratische Landesregierung weder die eigene Meinung noch Kritik gegenüber dem Dienstherrn völlig versagen darf. Mit den veränderten Mehrheiten nach der Landtagswahl besteht endlich eine Chance, alle diese notwendigen Maßnahmen durchzusetzen. Der neue Landtag hat es in der Hand, dass auch in Hessen das demokratische Prinzip „Sicherheit für alle“ wieder mit Leben erfüllt wird.

Bauboom im Westend: Ein Stadtteil kämpft ums Überleben



von *Birgit Puttendörfer,*
Fraktionsvorsitzende im OBR 2 und Vorsitzende des Ortsvereins Westend

Seit einigen Jahren befindet sich das Westend wieder in einem starken Umbruch. Baulücken wurden und werden geschlossen, bestehende Bürogebäude kernsaniert oder abgerissen, auf den entstandenen Freiflächen wird neu und viel massiver gebaut. Ein Ende dieser Bautätigkeiten ist nicht abzusehen, da es noch genügend Bausubstanz geben soll, die dem heutigen Standard nicht mehr entspricht. Gut für die Bauwirtschaft, aber ein Problem für die Wohnbevölkerung, denn durch diese Bautätigkeiten verändert sich das Wohnumfeld dramatisch. Die gültige Erhaltungssatzung, die den Charakter des Quartiers bewahren sollte, scheint bedeutungslos geworden zu sein. Der Trick: Bestehende Bebauungspläne werden durch Objekt bezogene Bebauungspläne verändert.

Das Westend ist aber keine Bürostadt, sondern auch ein Wohnquartier. Hier lebten einmal rund 50.000 Menschen verschiedenster Schichten. In den Bauboomzeiten der 1970er und 1980er Jahre wurden diese durch die Bürobebauung zurückgedrängt, jedoch nicht gänzlich verdrängt. Seit einiger Zeit ist allerdings feststellbar, dass viele Menschen wieder hier wohnen möchten. An sich eine erfreuliche Entwicklung – doch auch hierfür werden alte Wohngebäude kernsaniert oder abgerissen und durch exklusive Wohnhäuser ersetzt. Alte Gebäude werden baulich verändert, der bestehende Denkmalschutz wird oft ignoriert oder durch fragwürdige Zugeständnisse umgangen. Zukünftig wird also nicht mehr die Schichtenvielfalt im Westend vorherrschen, da es vielen nicht mehr möglich ist, die hohen Miet- oder Kaufpreise zu zahlen.

Durch die massiven Bautätigkeiten im Westend, die häufig sehr zentriert sind, ist die Wohnbevölkerung seit Jahren unzumutbaren Belastungen ausgesetzt. Die Informationspolitik des schwarz-grünen Magistrats ist dürftig. Ich erinnere mich noch daran, dass Baudezernenten früher in den Ortsbeirat kamen und sich den Fragen und der Kritik von Ortsbeirat und Bevölkerung stellten, z. B. bei der Bebauung der Türme der Deutsche Bank AG und des Tritonhauses. Heute wird häufig nur reagiert, wenn der Ortsbeirat vermehrt Anfragen und Anträge an den Magistrat richtet. Hätte nicht die SPD-Fraktion im Ortsbeirat 2 auf eine Vorstellung der Bebauung des ehemaligen Zürich-Geländes am Opernplatz gedrängt, wäre das Gebäude nie vorgestellt worden. Und wegen einer aufgedeckten Desinformation des Ortsbeirates zur Bebauung des Nachbargebäudes, der ehemaligen DZ-Bank, musste eine Sondersitzung des Ortsbeirates anberaumt werden, die wegen der vorgegebenen Eilbedürftigkeit des Magistrats sogar im Plenarsaal des Römers stattfand. Die Haltung des Magistrats erweckt den Eindruck, er habe kein Interesse daran, die Menschen

vor Ort am Wandlungsprozess ihres Quartiers teilhaben zu lassen oder auch nur sie rechtzeitig darüber zu informieren.

Nach der Vorstellung des sich in Planung befindlichen Hochhausrahmemplanes hat sich für das Westend herausgestellt, dass nicht alle schon bekannten Bauvorhaben darin enthalten sind. Stattdessen sieht der Plan neue, zusätzliche Hochhausstandpunkte vor. Dies ist eine Irreführung der umliegenden Bewohnerinnen und Bewohner – und das betrifft sicherlich nicht nur das Westend, sondern auch andere Stadtteile. Die Hochhausrahmenplanung zeigt einmal mehr ganz deutlich den Stellenwert, den der Bürger bei diesem Magistrat inne hat.

Wie das Westend sein Gesicht verändert und welche Probleme dabei entstehen, das ist ein Prozess, der weit über ein Quartier hinausgeht. Er wird sicherlich auch die anderen Frankfurter Stadtteile ereilen, wenn dies nicht schon längst geschehen ist. Bauliche Veränderungen haben nicht nur Auswirkungen auf den Bestand der Gebäude. Diese Neuorientierung führt auch zu einer Veränderung der Bewohner und des Umfeldes. Die vorhandene Lebensqualität, für viele auch der Lebensmittelpunkt, wird verändert. Nicht nur Menschen mit niedrigem Einkommen, sondern auch mit durchschnittlichen Gehältern werden immer stärker an den Rand der Stadt gedrängt.

Bei allem Verständnis für die notwendigen Veränderungen in einer Stadt und die damit verbundenen Belastungen und Verbesserungen für alle sollten dem Magistrat die Belange aller Bewohner und Bewohnerinnen gleich wichtig sein – die Wohnbevölkerung darf nicht ständig hinter Investoren und Baufirmen zurückstehen. Deshalb habe ich einen Antrag im Ortsbeirat eingebracht, mit dem der Magistrat in Anbetracht der bestehenden und anstehenden Baumaßnahmen im Westend aufgefordert wird,

umgehend Richtlinien zu erarbeiten, die die besonderen Begebenheiten beachten und das Miteinander von Bewohnern und Bauherren erträglich gestalten. Wir verlangen u. a.:

- strikte Einhaltung der Arbeitszeiten und verstärkte Kontrolle, keine Genehmigung von Nacht- und Wochenendarbeiten auch unter Benutzung von so genannten Lärm mindernden Maßnahmen, mit Ausnahme der Bodenplatten und unbedingt in Einem zu verarbeitenden Teile,
- Aufbau von Arbeitsgeräten nur an Werktagen,
- keine Genehmigung von Aufbauarbeiten an Sonntagen und Nächten von Sonntag auf Montag,
- rechtzeitige Information der Anwohnerinnen und Anwohner über Maßnahmen,
- Anpassung des Mietspiegels an die besonderen Begebenheiten.

Wenn es uns gelingt, für das Westend eine solche Richtlinie durchzusetzen, könnte sie Modellcharakter für sämtliche Frankfurter Stadtteile haben, die massiven baulichen Veränderungen ausgesetzt sind. Es ist an uns zu kämpfen, um unsere Quartiere lebenswert zu erhalten!

Gesamtschulen ausbauen



„Es gibt einen zunehmenden aktuellen Trend hin zur Gesamtschule. Durch die Blockade der CDU ist in den vergangenen Jahren hier aber viel Zeit vertan worden,“ erklärt Hubert Schmitt, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Ortsbeirat 6.

Die SPD ist für die Verbesserung des Angebots an Gesamtschulen. Tatsächlich ist ja auch seit längerem ein deutlicher,

zunehmender Trend bei der Schulwahl nach Klasse 4 hin zur Gesamtschule erkennbar. Das sagen seit Jahren auch alle Experten. In Frankfurt wollen wir deshalb überall da, wo es sinnvoll ist und es dem Elternwillen entspricht, das gemeinsame Lernen der Kinder bis Klasse 10 kontinuierlich weiter ausbauen.

Hier in Frankfurt zeigt sich auch gerade ganz aktuell, wie richtig wir mit unserem Kurs an dieser Stelle liegen. Allein im Westen der Stadt fehlen für das nächste Schuljahr mindestens 100 Gesamtschulplätze. Für so viele Kinder der jetzigen 4. Grundschulklassen aus dem Frankfurter Westen muss die Stadt jetzt neue Plätze schaffen, weil die vorhandenen Gesamtschulen bei weitem nicht genügend Kapazitäten haben. Für die nächsten Jahre wird mit den gleichen Zahlen gerechnet.

Die Nachfrage nach dem gemeinsamen Lernen bis Klasse 10 nimmt also stetig zu. Und es zeigt sich auch, wie sehr sich die Einsicht über die Vorteile von Schulen, die auf diese Weise Lernen organisieren, inzwischen in weiten Teilen der Bevölkerung durchgesetzt hat. In Frankfurt sprechen sich neben der SPD längst auch die anderen Parteien und vor allem natürlich immer mehr Eltern und ihre Organisationen für die Einrichtung von weiteren Gesamtschulen aus.

Die Weiterentwicklung der Gesamtschulen in Frankfurt ist aber in den letzten Jahren durch die Hessen-CDU massiv blockiert worden. Die im jüngsten Schulentwicklungsplan A vorgesehene Erweiterung des IGS-Angebots hatte die damalige Kultusministerin zuletzt wieder im Herbst letzten Jahres zurückgewiesen. Es fehle die ausreichende Nachfrage nach dieser Schulform, hieß es. Wie realitätsfern diese Haltung war und ist und wie richtig wir dagegen in Frankfurt hinsichtlich der Gesamtschulen liegen, bestätigt sich jetzt ganz deutlich durch die

genannten aktuellen Anmeldungen fürs nächste Schuljahr. Doch aufgrund der Versäumnisse der CDU zeigt sich die Frankfurter Schullandschaft auf diese große Nachfrage nicht ausreichend vorbereitet. Kostbare Zeit ist in den letzten Jahren vertan worden.

Dies wird besonders offenkundig dadurch, dass jetzt die Stadt im Frankfurter Westen die fehlenden Gesamtschulplätze, nämlich jeweils ca. 100 in den nächsten Jahren, provisorisch ausgerechnet an der Käthe-Kollwitz-Schule ansiedeln muss, einer Schule, deren Haupt- und Realschulzweig erst vor 2 Jahren von der CDU geschlossen wurde, wegen angeblich zu geringer Schülerzahlen. Dass diese Schule sich damals aber noch zur IGS hatte wandeln wollen, was das Kultusministerium mit der üblichen Begründung abgelehnt hatte, dass dafür keine ausreichende Nachfrage festzustellen sei, vermag aber das gesamte Ausmaß des Versagens der CDU erst richtig anschaulich zum Ausdruck zu bringen.

Impressum:

Die Zeitung „Freundeskreis – Die linke Mitte“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis,
c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14,
65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 19. April 2008:

Revisorinnen/Revisoren (03):	Bezirksbeirat (02):
Peter Ließmann	Ursula Busch
Petra Rossbrey	Roger Podstatny
Antragsprüfungskommission (25):	Delegierte Bezirks-/Landesparteitag (19):
Dieter Bürger	Rudi Baumgärtner
Ursula Busch	Hans Busch
Susanne Kassold-Moulden	Ursula Busch
Peter Ließmann	Susanne Kassold-Moulden
Stefanie Mohr-Hauke	Peter Ließmann
Klaus Oesterling	Klaus Oesterling
Klaus Pape	Michael Paris
Roger Podstatny	Roger Podstatny
Birgit Puttendörfer	Birgit Puttendörfer
Petra Rossbrey	Hubert Schmitt
Anneliese Scheurich	Michael Wanka
Hubert Schmitt	
Klaus-Dieter Sehring	
Michael Wanka	
Präsidium Unterbezirks-PT (04):	Delegierte Bundes-PT (03):
Dieter Bürger	Gregor Amann
Gabi Faust	
Michael Paris	

**Unsere nächsten Treffen sind
am Freitag, dem 16. Mai 2008 und
am Freitag, dem 20. Juni 2008,
jeweils um 17:30 Uhr im Fraktionssitzungssaal,
Römer, Haus Silberberg, 60311 Frankfurt**

Wir sind ein offener Kreis, deshalb sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei unseren Treffen herzlich willkommen. Diese Einladung kann gerne weitergegeben werden.